

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 22 / Februar 2012

- 2 Parlamentarische Partnerschaft: Arbeitsbesuch des Sprechers des Hauptausschusses, Hon. José Katuphá
- 4 Enquete des Bundesrates zu „Föderalistischen Aspekten in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ am 14. Dezember 2011 im Parlament
- 5 IV. HLF in Busan: Eine neue Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit
- 6 Ergebnis von Busan – die Rolle von Parlamenten  
Kommentar von Petra Bayr, Vorsitzende AWEPA Sektion Österreich
- 7 Bhutan strebt nach Glück  
Gastbeitrag von Gertrude Leibrecht, Referentin Südliches Afrika und Himalaya, Austrian Development Agency ADA
- 9 Reformbedarf beim österreichischen Mustertext für bilaterale Investitionsschutzabkommen  
Gastbeitrag von Elisabeth Beer, Abteilung EU und Internationales, Arbeiterkammer Wien
- 10 Koordinationstreffen zur IT-Strategie für das mosambikanische Parlament in Rom
- 11 FairTrade Frühstück und Informationsveranstaltung
- 12 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Während ihres Arbeitsbesuchs im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs treffen Hon. José Katuphá (Abgeordneter des mosambikanischen Parlaments, links) und Luis Dava (Mitarbeiter des mosambikanischen Parlaments) mit Barbara Prammer, Nationalratspräsidentin des österreichischen Parlaments, zusammen.

Foto:  
Parlamentsdirektion/  
Bildagentur Zolles KG/  
Mike Ranz

## Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten Jahren hat in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) deutliche Spuren hinterlassen. Budgets für Entwicklungsprojekte wurden weiter zusammengeschumpft, und die internationale Staatengemeinschaft entfernt sich unaufhaltsam von ihrem Ziel, bis 2015 0,7% des BNE für Entwicklungsvorhaben zur Verfügung zu stellen.

Die Länder des Südens leiden aber nicht nur unter den Folgen der Wirtschaftskrise, sondern immer noch an den erhöhten Nahrungsmittelpreisen sowie massiv und zunehmend unter den Folgen des Klimawandels. Weder die Klimakonferenz in Durban, noch das Aid-Effectiveness Forum in Busan haben jedoch den erhofften Durchbruch gebracht: Die Interessen der am wenigsten entwickelten Länder kommen weiter unter die Räder des stetigen Tauziehens zwischen den Schwellenländern und den Industrieländern.

Gerade vor dem Hintergrund der Komplexität globaler Herausforderungen ist eine entwicklungspolitisch kohärente Politik unumgänglich. Nur so können die Folgen von Handels-, Steuer-, Agrar-, Umwelt- oder Einwanderungspolitik auf die soziale, wirtschaftliche und politische Situation der Bevölkerung des Südens berücksichtigt werden.

Dafür braucht es aber die themenübergreifende Einbeziehung aller ParlamentarierInnen. Der Nord-Süd Dialog ist mit Veranstaltungen, mit der Stärkung der AWEPA-Sektion und der parlamentarischen Partnerschaft daher gut dafür geeignet, die Kohärenz der österreichischen Politik einzufordern und dadurch die Wirkung der österreichischen Entwicklungspolitik zu verstärken.

Ihre  
Judith Schwentner

# Parlamentarische Partnerschaft: Arbeitsbesuch des Sprechers des Hauptausschusses, Hon. José Katuphá

Im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs werden im Laufe des Jahres 2012 mehrere Aktivitäten zur Stärkung der Kapazitäten des mosambikanischen Parlaments stattfinden. ExpertInnen aus dem österreichischen Parlament werden in Maputo thematische Trainings und Workshops für Abgeordnete und MitarbeiterInnen der Assembleia da República in den Bereichen IT und Öffentlichkeitsarbeit abhalten. Zudem steht eine Kooperation mit der österreichischen Volksanwaltschaft, respektive dem IOI (International Ombudsman Institute), dessen Geschäftsführung in Österreich angesiedelt ist, auf dem Programm.

Um die Inhalte und den Ablauf der Trainings zu konkretisieren und diese gemäß den Vorstellungen und Bedürfnissen des mosambikanischen Parlaments auszurichten, besuchte der Abg. José Katuphá, Sprecher des Hauptausschusses im mosambikanischen Parlament, gemeinsam mit dem für das Nord-Süd Dialog Projekt zuständigen Parlamentsmitarbeiter, Herrn Luis Dava, für vier Tage das österreichische Parlament.

Mit Thomas Holzinger, Leiter der Abteilung Veranstaltungen und BesucherInnen im österreichischen Parlament, wurden Inhalt und Aufbau eines im März in Maputo stattfindenden Trai-



Thomas Holzinger, Hon. Katuphá und Luis Dava beim Pressegespräch zum Jahresbericht  
Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

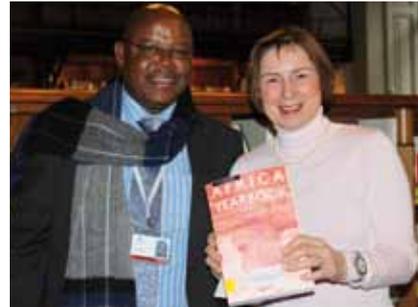


Foto 1:  
Die Volksanwältin Gertrude Brinek (links) und Peter Kostelka (rechts) mit den Gästen aus Mosambik  
Foto:  
Stefan Gatterinig/IOI

Foto 2:  
Günther Schebeck, Leiter der Abteilung Dokumentation, Statistik und Archiv im österreichischen Parlament und Hon. Jose Katuphá  
Foto:  
Johann Achter

Foto 3:  
Elisabeth Dietrich-Schulz, Leiterin der Parlamentsbibliothek, führt Hon. Katuphá durch die Bestände und erklärt die Möglichkeiten digitaler Downloads parlamentarischer Materialien und Ressourcen.

ning-Workshops im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ausgearbeitet. Ziel soll die Umsetzung einer Strategie zur Öffnung der Assembleia für BesucherInnen sowie eine verbesserte Kommunikation mit der mosambikanischen Öffentlichkeit sein. Der Abg. Katuphá zeigte sich während des Besuchs vor allem über die vielen Kinder und Jugendlichen positiv überrascht, die er im Parlament angetroffen hat und sieht dies auch als bedeutenden Aspekt bei der Umsetzung einer Strategie für die Assembleia. „Wir können den Stellenwert des Parlaments innerhalb des demokratischen Systems nur dann stärken, wenn die nächste Generation weiß, welche wichtigen Aufgaben das Parlament wahrnimmt. Daher muss sich das Parlament öffnen und auf die jungen Menschen zugehen.“

Ein weiterer Schwerpunkt des Besuchs war die Finalisierung des Workshops zur Erstellung einer Informations- und Kommunikationstechnologie Strategie, der federführend vom Leiter der Abteilung Dokumentation, Statistik und Archiv, Günther Schebeck, gemeinsam mit Herrn João Viegas vom Global Centre on ICT in Rom, moderiert werden wird. Bereits seit Monaten wird gemeinsam an einer ICT Strategie für die Assembleia gearbeitet. Im Rahmen des Workshops wird nun die Strategie den MandatarInnen und AbteilungsleiterInnen vorgestellt und ein Plan zur

Umsetzung erarbeitet. Abgeordneter Katuphá zeigte sich im Rahmen einer E-Law Präsentation durch Herrn Schebeck überzeugt, dass die gezielte Nutzung moderner Technologie auch die Arbeit der Assembleia positiv beeinflussen und erleichtern wird, gab jedoch offen zu, dass dies ohne entsprechende Schulungen vor allem auch bei den MandatarInnen nicht gelingen wird.

Bei einem Arbeitstreffen mit den VolksanwältInnen Peter Kostelka und Gertrude Brinek wurde u.a. eine gezielte Unterstützung bei der Schulung der Mitglieder des Petitions-Komitees der Assembleia diskutiert. Das Petitions-Komitee übernimmt derzeit die Funktion eines Ombudsmannes, der zwar in der Verfassung Mosambiks vorgesehen



Die Geschäftsführerin in der Austrian Development Agency (ADA), Brigitte Öppinger-Walchshofer, empfängt die mosambikanische Delegation  
Foto:  
Frances Lachica/ADA

ist, aber noch nicht installiert wurde. Über das in Wien ansässige International Ombudsman Institute (I.O.I.), dessen Generalsekretär Peter Kostelka ist, soll Verbindung zu Ombudsmann Instituten der Nachbarstaaten Mosambiks hergestellt und ein Informationsaustausch organisiert werden.

Ein Besuch in der Parlamentsbibliothek rundete den Arbeitsbesuch ab. Der studierte Linguist Katuphá zeigte sich begeistert von den vielen Recherchemöglichkeiten und betonte, dass so ein unmittelbarer Zugang zu Informationen, wie er durch die Parlamentsbibliothek geboten wird, gar nicht hoch genug für die tägliche Arbeit eines Abgeordneten eingeschätzt werden kann.

# Föderalistische Aspekte in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Parlamentarische Enquete des Bundesrates am 14. Dezember 2011

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, welche Rolle die Länder und Gemeinden innerhalb der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) spielen und welche Vor- und Nachteile der derzeitige Modus der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Bereich mit sich bringt. Grundsätzlich wird in Österreich die EZA als gesamtstaatliche Aufgabe des Bundes angesehen. Im Rahmen ihrer Ermessensausgaben unterstützen Bundesländer und Gemeinden jedoch zahlreiche Entwicklungsprojekte und -initiativen in der ganzen Welt.

Bundesratspräsidentin und AWEPA Mitglied Susanne Neuwirth dankte in ihrer Eröffnungsrede den vielen Organisationen und Initiativen in ganz Österreich, die sich im Bereich der EZA engagieren und neben der Unterstützung für verschiedenste Projekte in der ganzen Welt auch viel zur Meinungs- und Bewusstseinsbildung bei der österreichischen Bevölkerung beitragen. Des Wei-

teren unterstrich Neuwirth die Notwendigkeit einer quantitativen Erhöhung der Mittel und Ressourcen, sowie einer qualitativen Verbesserung der österreichischen EZA. In diesem Zusammenhang sei Politikkohärenz<sup>1</sup> ein Schlüsselkriterium in Bezug auf die Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen der EZA.

Stefan Wilhelmy, Projektleiter der deutschen Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt (SKEW)“, betonte in seinem Statement die Wichtigkeit des Austausches auf unterschiedlichen kommunalen Ebenen. Die Expertise, Erfahrungen und das Know-how über Abläufe, Aufbau von Strukturen und Administration auf diesen Ebenen seien von hohem Wert für die politischen und administrativen EntscheidungsträgerInnen in den Partnerländern des Südens.

Paul Pirker, Vorsitzender des entwicklungspolitischen Beirats der Salzburger Landesregierung, Bernhard Bouzek von der Abteilung Auslandsbeziehungen

der Magistratsdirektion Wien, und Gerda Weichler-Hauer, 2. Landtagspräsidentin des Landes Oberösterreich, beschrieben die jeweiligen entwicklungspolitisch relevanten Strukturen ihrer Bundesländer und betonten die Wichtigkeit dieser föderalistischen Initiativen. Es könnten durch Länder und Gemeinden auch Projekte unterstützt und umgesetzt werden, die nicht in den Bundes-Mainstream hineinpassen und sowohl für die Projektpartner im Süden als auch die Träger in Österreich wertvolle Impulse im Sinne einer globalen Partnerschaft liefern.

Robert Zeiner von der Austrian Development Agency (ADA) und Anton Mair von der Sektion VII des BM für europäische und internationale Angelegenheiten wiesen in ihren Statements auf die Evaluierungen der OEZA seitens der OECD-DAC sowie auf internationale Deklarationen hin, die alle eine Reduzierung der Fragmentierung und der Aufsplitterung der entwicklungspolitischen Kompetenzen, sowie eine Verringerung der Zahl von Einzelaktivitäten im operationellen Bereich empfehlen. Private Initiativen und NRO in den Bundesländern wurden und werden durch die öffentliche EZA mittels verschiedenster Instrumente unterstützt. Die Koordination findet auch jetzt bereits über die jährlich stattfindende Bund-Länderkonferenz zu Fragen der EZA statt.

Petra Navara-Unterluggauer, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung, des Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NROs in Österreich, wies auf die unzureichende Mittelzuweisung für die tatsächlich gestaltbare EZA und auf die fehlende Kohärenz auf mehreren Ebe-



ReferentInnen  
der Enquete  
am Podium

Foto:  
Carina Ott

nen der OEZA hin, die eine wirksame und effektive Arbeit schwierig machen. Hier ist die Bundespolitik gefordert. Im Zusammenhang mit föderalistischen Aspekten in der EZA betonte Navara einerseits, dass in der internationalen EZA Standards definiert seien, die entsprechende Kompetenzen voraussetzen, über welche die ADA verfügt. Andererseits kann und ist die EZA der Bundesländer jedoch komplementär, solidarisch und identitätsstiftend, sowie unabhängig und flexibel, und diese Vorteile sollten durchaus genutzt werden. Diese Aussagen und Forderungen wurden von Johanna Mang, LICHT FÜR DIE WELT, unterstützt, die auf mehrere

erfolgreiche Kooperationen der Organisation mit verschiedenen staatlichen Akteuren hinwies. In Österreich fehlt derzeit eine gemeinsame Strategie, an der sich alle verantwortlichen Institutionen orientieren können und die das vielfältige Engagement abstimmt.

Föderalistische Entwicklungszusammenarbeit als wertvolle Ergänzung und nicht als Konkurrenz wahrzunehmen, war für Petra Molnar vom Klimabündnis Österreich ein Anliegen. Der Bürgermeister der Stadt Leibnitz, Helmut Leitenberger, ging auf die Rolle von Städtepartnerschaften ein, die durch Hilfe zur Selbsthilfe einen nachhaltigen

Beitrag leisten und verwies hierbei auf die Partnerschaft von Leibnitz mit der Stadt Pedra Badejo auf den Kapverden. Es wurde für einen Ausbau der österreichischen EZA im Sinne eines „Mehrebenen-Ansatzes“ plädiert. Nach einer lebhaften Diskussion dankte Bundesratspräsidentin Susanne Neuwirth abschließend allen Anwesenden für die Diskussion und versprach, sich für eine weiterführende Auseinandersetzung mit diesem Thema einzusetzen.

<sup>1</sup> Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung = Klassische Politikfelder dürfen die Ziele der Entwicklungspolitik nicht untergraben, sondern sollen dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen.



## IV. HLF in Busan: Eine neue Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit

3.000 TeilnehmerInnen aus über 160 Staaten, darunter unter anderem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, US-Außenministerin Hillary Clinton und der Präsident von Ruanda, Paul Kagame, versammelten sich von 29. November bis 1. Dezember 2011 zum IV. High Level Forum der OECD im südkoreanischen Busan, um eine neue Ära in der internationalen Zusammenarbeit einzuleiten. Ausgehend von der 2005 verabschiedeten Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der EZA und dem Aktionsplan von Accra von 2008 wurde in Busan die „Busan Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit“ verabschiedet.

Die Eigenverantwortung der Partnerländer, Resultatorientierung, Transparenz

und Rechenschaftspflicht stehen in der Busan Partnerschaft im Vordergrund. Eine auf Offenheit, Vertrauen und gegenseitigem Lernen basierende inklusive Entwicklungspartnerschaft, die die unterschiedlichen und komplementären Rollen aller Akteure anerkennt, bildet hierfür den Ausgangspunkt. Die Prinzipien und Ziele der Busan Partnerschaft sollen zu einer nachhaltigen, wirksamen Entwicklung sowie der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015 beitragen.

Neben den aufstrebenden Wirtschaftsmächten, allen voran China, Indien und Brasilien, integriert die Busan Partnerschaft auch die Zivilgesellschaft, private Initiativen und den Privatsektor und betont die Nutzung von Synergien.

Im Gegensatz zu den Vorgängerdokumenten steht nicht mehr nur die Wirksamkeit der klassischen Entwicklungszusammenarbeit („Aid Effectiveness“) im Vordergrund, sondern eine Zusammenarbeit für wirksame Entwicklung („Development Effectiveness“). EZA wird im Rahmen der Busan Partnerschaft nur als Teil der Lösung definiert, wobei ein besonderer Fokus auf Wirtschaftswachstum und die Einbindung des Privatsektors gelegt wird. Die Busan Partnerschaft enthält zudem ein Bekenntnis zu den Zielen und Prinzipien der Pariser Erklärung und der Accra Agenda for Action, die bisher nicht vollständig umgesetzt wurden.

Bis Juni 2012 sollen im Rahmen der OECD Working Party on Aid Effectiv-

ness (WP-EFF), die über 80 Länder und Organisationen, unter anderem AWEPA, umfasst, und die bisherigen High Level Fora organisierte, klare Zielsetzungen, Indikatoren und Monitoring-Maßnahmen zur Implementierung der Busan Partnerschaft präsentiert werden. Die WP-EFF wird in weiterer Folge aufgelöst und die Aufgaben von der „Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit“ übernommen, deren Mitgliedschaft und Arbeitsweise noch geklärt werden muss. Einen kritischen Aspekt für die Implementierung der Busan Partnerschaft stellt jedoch die Tatsache dar, dass die vereinbarten Prinzipien, Bekenntnisse und Maßnahmen für Süd-Süd Partnerschaften, d.h. für aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien und China, nur eine Referenz auf

freiwilliger Basis darstellen und für diese nicht bindend sind.

Auf parlamentarischer Ebene fand am 1. Konferenztag ein von AWEPA, der Interparlamentarischen Union und dem Parlament von Südkorea veranstaltetes **parlamentarisches Forum** statt, mit dem Ziel, Parlamente und Abgeordnete verstärkt in den Prozess der Implementierung der Busan Partnerschaft einzubinden. Die über 60 teilnehmenden Abgeordneten betonten die bedeutende Rolle der Parlamente als staatliche Schlüsselinstitutionen für eine wirksame Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf Kontrollrechte gegenüber der Exekutive bzw. innerstaatliche Rechenschaftspflicht. Die ParlamentarierInnen forderten unter anderem die

Unterstützung einer parlamentarischen Plattform die es Abgeordneten ermöglicht, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, sowie dass einer der bis Juni 2012 vereinbarenden Indikatoren parlamentarische Kompetenzen und Leistungen in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit misst. Im Rahmen der Busan Partnerschaft selbst wird besonders die Rolle der Parlamente bei der Aufsicht von Entwicklungsprozessen betont.

Eine österreichische Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Wolfgang Waldner war ebenfalls in Busan vertreten. AWEPA-Vorsitzende Petra Bayr war als parlamentarische Repräsentantin Teil der Delegation.

## KOMMENTAR

# Ergebnis von Busan – die Rolle von Parlamenten

Kommentar von Petra Bayr, Vorsitzende AWEPA Sektion Österreich

Wenn auch nicht in der von AWEPA, IPU und anderen parlamentarischen Netzwerken gewünschten Ausführlichkeit, so ist es doch gelungen, die Rolle von Parlamenten im Abschlussdokument zu verankern.

Demnach agieren Parlamente als MittlerInnen zwischen BürgerInnen und Regierungen und garantieren eine breite und demokratische Ownership der Entwicklungs herausforderungen der jeweiligen Länder. Die Rolle der Parlamente soll weiter gestärkt werden, besonders bei der Aufsicht über den Entwicklungsprozess. Fertigkeiten, Ressourcen und klare Aktionspläne sollen gestärkt und gefördert werden.

Darüber hinaus gibt es mehrere Ansatzpunkte im Abschlussdokument, wo sich speziell Parlamente und ParlamentarierInnen verstärkt einbringen können, etwa in der Vertiefung und Verbreite-

rung der Zusammenarbeit (7.), bei der Schaffung von Transparenz und der Übernahme von Verantwortung (11.d), der Einbeziehung von neuen Akteuren in den Entwicklungsprozess (14.), bei der Information über ein transparentes öffentliches Finanzmanagement (23.b), der Diversifizierung und Arbeitsteilung der Akteure der Entwicklungspolitik (25. bzw. 25.a und d), im Aufbau fragiler Staaten (26.) und beim Aufbau starker staatlicher Strukturen zur Schaffung von effektiver Entwicklung (28.c).

Darüber hinaus finden Parlamente eine wichtige Rolle bei der Etablierung von effektiven Institutionen und Politiken für eine nachhaltige Entwicklung (29. sowie 29.a,b und c), bei der Schaffung von legislativen Rahmenbedingungen für den Privatsektor (32.a) und der Entwicklung neuer Finanzierungsmechanismen für Entwicklung (32.c) sowie letztendlich bei der Bekämpfung von

Korruption, Geldwäsche und Steuerflucht (33. sowie 33.a und b).

Kritisch sei betrachtet, dass es natürlich für alle Parlamente noch ein weiter Weg ist, diese Aufgaben wirklich auszufüllen, und damit sind nicht nur Parlamente des Südens gemeint. Auch parlamentarische Strukturen von reichen Ländern sind in den Realverfassungen der einzelnen Staaten oft schwach und werden von den Regierungen bloß als Abnick-Mechanismus verstanden. Um all den Herausforderungen gerecht zu werden, die wir für die Einbeziehung in den Entwicklungsprozess von Parlamenten in den Partnerländern fordern und fördern, haben wir auch in Österreich selbst noch einiges zu arbeiten und zu erstreiten, was ohne einem erklecklichen Mehr an Ressourcen und Kompetenzen aber auch an parlamentarischem Selbstbewusstsein wohl nicht umzusetzen ist.

# Bhutan strebt nach Glück

Gastbeitrag von Gertrude Leibrecht, Referentin Südliches Afrika und Himalaya,  
Austrian Development Agency ADA



Die National Assembly von Bhutan // Foto: Robert Zeiner, ADA

Im Land des Donnerdrachen herrschen harte Lebensbedingungen. Zwischen Indien und Tibet gelegen, bestimmt vor allem in den nördlichen Bergregionen die extrem hochalpine Lage mit bis 7.500 Metern das Leben der Menschen. Im Durchschnitt leben 17 Personen auf einem Quadratkilometer<sup>1</sup>. Nur 7,7 Prozent der Gesamtfläche sind wirklich landwirtschaftlich nutzbar. Zwei Drittel des Landes sind bewaldet, etwa ein Viertel steht unter Naturschutz. Dennoch leben fast 60 Prozent der Erwerbstätigen von Land- und Forstwirtschaft.

## Bruttonationalglück statt Bruttonationaleinkommen

Bhutan setzt auf ein umfassenderes Entwicklungsverständnis, in dessen Zentrum das Glück seiner BewohnerInnen steht. Doch müssen immer noch 49 Prozent der Bevölkerung mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen. Deshalb liegt das Hauptaugenmerk der Regierung auf der Minderung der Armut. Gemäß Human Development

Index 2011 liegt Bhutan auf Platz 141 (von 187, vgl. dazu Österreich Rang 19). Bis 2013 soll jedoch die Armut auf 15 Prozent gesenkt werden. Die zentralen Herausforderungen sind wirtschaftliche Entwicklung und das Schaffen neuer Arbeitsplätze, der Ausbau der Infrastruktur, die Entwicklung des ländlichen Raums und die Fortführung der Demokratisierung. Damit alle BewohnerInnen Bhutans ihr individuelles Glück leben können, braucht es nur vier Dinge: Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Kultur und Natur und wirtschaftliche Entwicklung, so das Konzept des Bruttonationalglücks.

## Von der absoluten Monarchie zu breiter Mitbestimmung

Mit den ersten demokratischen Parlamentswahlen am 24. März 2008 wurde der Übergang von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie vollzogen. Im Juli desselben Jahres wurde die Verfassung unterzeichnet. Als Ergebnis der Dezentralisierung wurden 2011 erstmals BürgermeisterInnen, Bezirks- und GemeindevertreterInnen gewählt. Auf meiner Reise als Verantwortliche

der Austrian Development Agency für Bhutan anlässlich der 11. Round Table Meetings der bhutanischen Regierung mit den Entwicklungspartnern im Herbst 2011 besuchte ich auch die National Assembly, die mit unserem Nationalrat vergleichbar ist. Die Parlamentarier Sonam Penjore und Namgay Wangchuk begleiteten mich. Die beiden hatten im Juli 2010 im Rahmen des Nord-Süd Dialogs an einem Training im österreichischen Parlament teilgenommen und bestätigten, dass das Gelernte in ihre tägliche Arbeit einfließt, etwa im Budgetausschuss. Besonders beeindruckt hat mich ihre Erzählung vom Besuch ihrer Wahlbezirke. In Bhutan müssen die ParlamentarierInnen einmal in jeder Parlamentssaison ihren Wahlbezirk besuchen, wo sie den



Die beiden Parlamentarier Sonam Penjore und Namgay Wangchuk  
Foto: Gertrude Leibrecht, ADA

WählerInnen Rede und Antwort stehen. Dabei sind sie monatelang unterwegs, oft tagelang zu Fuß. Auch den Sprecher der National Assembly, Jigme Tshultim, traf ich zu einem Austausch. Gibt es Bedarf nach weiterer Förderung des Parla-

<sup>1</sup> Im Vergleich dazu in Österreich  
100 Einwohner/km<sup>2</sup>

Nur die charakteristischen Nord-Süd-Täler sind wirtschaftlich nutzbar.  
Foto: Gertrude Leibrecht, ADA



dem 10. Fünf-Jahresplan (2008–2013) konzentriert sich das österreichische Engagement auf die Sektoren Energie, Tourismus und Rechtsstaatlichkeit. Das Budget für 2012 ist mit 2,3 Millionen Euro dotiert.

Bhutan befindet sich auf einem positiven Entwicklungsweg. Das Wirtschaftswachstum beträgt durchschnittlich beeindruckende 9 Prozent pro Jahr in den letzten Jahren. Die größten nationalen Einnahmen kommen aus dem Verkauf von Energie an Indien und dem Tourismus. Ein Drittel der nationalen Ausgaben wird von Gebern finanziert.

ments? Für die Grundausbildung seiner ParlamentarierInnen sieht sich Bhutan selbst verantwortlich und kommt auch dafür auf. Der Sprecher betonte jedoch die Wichtigkeit von Partnerschaften mit anderen Parlamenten für die Weiterbildung zu Fachthemen und regelmäßigen gegenseitigen Besuch zum Austausch. Für eine Partnerschaft mit Österreich sei durch den Besuch der österreichischen ParlamentarierInnen in Bhutan im August 2009 und die Weiterbildung der bhutanischen Kollegen in Österreich im

Jahr 2010 der Grundstein gelegt. Diese solle aber nun formalisiert und weiter ausgebaut werden, so Jigme Tshulthim.

Diesen Wunsch des Parlaments in Bhutan leite ich hiermit gerne an das österreichische Parlament weiter.

#### Positiver Entwicklungsweg

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Entwicklung Bhutans seit 1989 durch bilaterale Abkommen. In Übereinstimmung mit

Beim 11. Round Table Meeting präsentierte die Regierung ihren Zwischenbericht zur Halbzeit des 10. Fünf-Jahresplans. Besondere Fortschritte wurden beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten, beim Ausbau der ländlichen Trinkwasserversorgung, bei der Elektrifizierung und im Umweltschutz erzielt. Für 2020 ist geplant, dass Bhutan den Status eines Least Developed Country (LDC) hinter sich lässt. Die Regierung Bhutans lädt die Entwicklungspartner ein, sie auf diesem Weg weiter zu begleiten.

#### BUCHTIPP



Ngugi wa Thiong'o  
**Herr der Krähen**

A1 Verlag (2011), 944 Seiten

Ausgangspunkt dieses geistreichen satirischen Romans ist ein moderner Turmbau zu Babel, der dem Despoten der fiktiven Freien Republik Aburiria Weltgeltung verschaffen und ein monumentales Denkmal setzen soll. Das Bauprojekt Marching to Heaven jedoch kann nur mit einem Kredit der Global Bank in New York realisiert werden. Während der Herrscher und sein Außenminister Machokali in die USA reisen, um positiv auf die Vertreter der Global Bank einzuwirken, bilden sich vor dem Baubüro zu Hause endlose Schlangen von Leuten, die am Geschäft mitmachen wollen. Die Delegation in New York hingegen sieht sich einer plötzlich auftretenden, rätselhaften Krankheit des Herrschers gegenüber. Hoffnung verspricht allein der unfreiwillig zu Ruhm und Ansehen aufgestiegene „Herr der Krähen“, ein Zauberer, Heiler und Wahrsager ...

Der Roman ist eine lebendige, ausdrucksstarke Satire und eine Parabel auf die sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse auf dem afrikanischen Kontinent und dessen Beziehung zum Westen.

# Reformbedarf beim österreichischen Mustertext für bilaterale Investitionsschutzabkommen

Gastbeitrag von Elisabeth Beer, Abteilung EU und Internationales, Arbeiterkammer Wien

Der Runde Tisch zum Thema Bilaterale Investitionsschutzabkommen (BITs – Bilateral Investment Treaties), zu dem die AWEPA Sektion Österreich am 8. März 2011 ins österreichische Parlament eingeladen hat, war ausschlaggebend für die Arbeiterkammer Wien, den österreichischen Mustertext zu BITs analysieren zu lassen. Die Studie<sup>1</sup> von Nathalie Bernasconi vom IISD<sup>2</sup>, Genf liegt nun vor und zeigt einigen Reformbedarf auf.

Mit den bilateralen Investitionsschutzabkommen räumen die vertragsunterzeichnenden Staaten ihren Investoren im jeweiligen Gastland besondere Rechte wie Inländergleichbehandlung, Meistbegünstigung gegenüber anderen Investoren, faire und gerechte Behandlung vor Ort, prompte und angemessene Entschädigung bei etwaiger Enteignung oder enteignungsähnlich wirkenden Maßnahmen sowie freien Kapitaltransfer ein.

Sie genießen darüber hinaus das große Privileg, bei Streitfällen nicht den nationalen Rechtsweg beschreiten zu müssen, sondern unmittelbar internationale Schiedsgerichte anrufen und den Vertragsstaat verklagen zu können. Von dieser Möglichkeit machen immer mehr multinationale Unternehmen Gebrauch. Sie verklagen Gastländer auf hohe Entschädigungssummen auch für entgangene zukünftige Gewinne, wenn regulative Maßnahmen – etwa im Umweltbereich – ihre Geschäftstätigkeiten berühren. Vor dem Hintergrund der verschiedenen Schiedssprüche der Tribunale hat Nathalie Bernasconi den österreichischen BIT-Mustertext, der die Grundlage für Regierungsverhandlungen darstellt, bewertet. Österreich

hat bei Verhandlungen zwei sich widersprechende Interessen zu wahren: zum einem soll österreichischen Unternehmen, die im Ausland investieren, ein hoher Schutz zukommen. Zum anderen ist aber die Wahrscheinlichkeit, von einem ausländischen Investor wegen Verwaltungshandlungen oder Umsetzung neuer Gesetze verklagt zu werden, soweit wie möglich zu reduzieren. Die Klagepraxis und Schiedssprüche zeigen deutlich auf, dass kein Land<sup>3</sup> davor geübt ist. Daher sind die Vertragstexte an die neuen Umstände anzupassen.

Die Studie wurde am 18. Januar im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs im Parlament präsentiert. Folgende Kritikpunkte wurden angesprochen und diskutiert: Der österreichische Mustertext entspricht den traditionellen BITs, die den neuen Entwicklungen wenig gerecht werden. Er ist inhaltlich kurz, sehr allgemein gehalten und hat nur vage Begriffsbestimmungen. Der Vertragstext gibt dem Schiedsgericht keinerlei Anleitung, wie es im Streitfall einzelne Bestimmungen auslegen soll bzw. welches Verständnis die Vertragsparteien von diesen haben und welche Verfahrensregeln wie Transparenz, Anhörung von Dritten etc. einzuhalten sind. Besonders exzessiv wurde das Recht auf „gerechte und billige“ Behandlung von Investoren ausgelegt und ist zu einem Einfallstor für Investor-Klagen geworden.

Der Verweis auf das internationale Völkergewohnheitsrecht würde, ohne Mindeststandards für Unternehmen zu unterlaufen, Österreich einen gewissen Schutz bieten. Im Mustertext wurde 2008 die Abschirmungsklausel neu aufgenommen, mit der sich Österreich

## Bilaterale Investitionsschutzabkommen (BITs)

BITs werden in der Regel zwischen einem Industrie- und einem Entwicklungs- oder Schwellenland abgeschlossen und legen die rechtlichen Rahmenbedingungen fest, unter denen natürliche und juristische Personen in einem fremden Land investieren können. Sie sollen den Schutz des Investors gewährleisten und damit ausländische Direktinvestitionen in die Vertragsstaaten attraktiver machen.

### Klassische Schutzfunktionen:

- Diskriminierungsverbot
- Enteignung nur gegen Entschädigung
- Faire und gerechte Behandlung

### Streitbeilegungsmechanismus:

Private Investoren können bei vermeintlichen Verstößen Klagen gegen souveräne Staaten bei internationalen Schiedsgerichten (ICSID, UNCITRAL, u.a.) einleiten. Fälle werden primär gegen Entwicklungsländer, zunehmend aber auch gegen Industriestaaten eingeleitet.

<sup>1</sup> Kritische Bewertung des österreichischen Mustertextes für bilaterale Investitionsschutzabkommen, Nathalie Bernasconi-Osterwalder und Lise Johnson, Studie im Auftrag der AK Wien, November 2011

<sup>2</sup> International Institut for Sustainable Development, Genf: <http://www.iisd.org>

<sup>3</sup> Auch wenn eine Investorenklage gegen Österreich bis dato nicht bekannt ist, sind andere EU-Mitgliedstaaten 65 mal von ausländischen Investoren vor den ad hoc Schiedsgerichten verklagt worden (Stand 2011).

ganz generell verpflichtet, jegliche – vertragliche oder aus nationalem Recht entstandene – Verpflichtungen gegenüber dem Investor einzuhalten. Bei Streitigkeiten braucht er nicht vor nationale Gerichte zu gehen, sondern kann gleich ein Tribunal anrufen, was auch für das Verfahren weitreichende Auswirkungen hat. Dieser Klausel haften große Unsicherheiten für alle an, und sie soll daher in zukünftige Abkommen nicht

aufgenommen werden. Viel Diskussion hat das Vorgehen von Investoren gegen regulative Maßnahmen ausgelöst. Wie können Staaten verhindern, zahlen zu müssen, weil z.B. neue Umweltpolitiken die Profiterwartungen der ausländischen Investoren schmälern? Im österreichischen BIT-Mustertext sind Ausnahmen von indirekter Enteignung vorgesehen, doch können auch da bessere Vorkehrungen getroffen werden.

Der österreichische Mustertext zeigt Reformbedarf auf, der breit diskutiert gehört. Die Studienautorin wird im Rahmen einer AK-Veranstaltung im Sommer ihre Vorschläge im Detail präsentieren. Und im Herbst ist geplant, ExpertInnen aus dem Parlament, Ministerien, NGOs und Sozialpartner wieder an einen Runden Tisch zusammen zu holen, um konkret zu werden.

## Koordinierungstreffen zur IT-Strategie für das mosambikanische Parlament in Rom

Jutta Kepplinger,  
Günther Schefbeck,  
João Viegas und  
Jason Goldstein



Im November des Vorjahres trafen sich Günther Schefbeck, Leiter der Abteilung Dokumentation, Statistik und Archiv im österreichischen Parlament, und Projektleiterin Jutta Kepplinger mit João Viegas vom Global Centre

for Information and Communication Technologies in Parliament (ICT) in Rom. Ziel und Inhalt des Treffens war die Koordinierung der Vorgangsweise hinsichtlich der Erstellung und Implementierung einer IT-Strategie für das

mosambikanische Parlament, bei der das ICT und der Parlamentarische Nord-Süd Dialog mit dem Parlament Mosambiks kooperieren.

Das ICT wurde von UN/DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs) und der IPU (Inter-Parliamentary Union) auf dem internationalen Gipfeltreffen der Informationsgesellschaft in Tunis im November 2005 ins Leben gerufen. Vorrangiges Ziel des ICT ist die Förderung einer modernen, inklusiven und entwicklungsorientierten Informationsgesellschaft, in deren Rahmen Parlamente ihre verfassungsmäßigen Aufgaben und Funktionen durch den Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien bestmöglich erfüllen können.

# Faires Frühstück im Parlament



Am 14. Dezember 2011 fand im Rahmen einer parlamentarischen Enquete des Bundesrates zum Thema „Föderalistische Aspekte in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ eine von der **AWEPA Sektion Österreich** initiierte FAIRTRADE-Ausstellung im Parlament statt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von **Bundespräsidentin und AWEPA Mitglied Susanne Neuwirth** ganz im Sinne der stattfindende Enquete unter dem Motto „**Global denken, lokal handeln**“.

Mit Hinweis auf die 1992 auf der UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro beschlossene Agenda 21 betonte BR-Präsidentin Neuwirth in ihrer Eröffnungsrede die bedeutende Rolle, die Gemeinden, Städte und Regionen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung spielen. **Fairer Handel verknüpft**

**hierbei globales Denken mit lokalem Handeln.**

Es sei daher erfreulich, dass im Rahmen eines FAIRTRADE-Projektes Gemeinden, die sich besonders für den fairen Handel einsetzen, als FAIRTRADE-Gemeinden ausgezeichnet werden.

BR-Präsidentin Neuwirth unterstrich hierbei, dass es sich bei fairem Handel nicht um Almosen handelt, sondern darum, dass Menschen, die hart arbeiten um für uns Produkte herzustellen, gerecht entlohnt werden.

Der **Geschäftsführer von FAIRTRADE Österreich, Hartwig Kirner**, zeigte sich in seinem anschließenden Redebeitrag erfreut, dass von den weltweit 1.000 FAIRTRADE-Gemeinden, bereits 60 aus Österreich stammen und mit Graz die erste Landeshauptstadt ausgezeichnet

net wurde. FAIRTRADE-Geschäftsführer Kirner wies im Hinblick auf die Bundesratsenquete weiters darauf hin, dass auch für die Länder Möglichkeiten bestehen, den fairen Handel zu unterstützen, bspw. im Bereich der öffentlichen Beschaffung.

Im Anschluss wurde zu einem **FAIREN Frühstück vom Weltcafé** geladen und die zahlreichen BesucherInnen konnten sich im Rahmen der Ausstellung über die Qualität von fair gehandelten Produkten und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen aus den Ländern des Südens informieren sowie FAIRTRADE-Produkte verkostigen und erwerben. Zu den Ausstellern zählten neben **FAIRTRADE Österreich** auch der **WELTLADEN** und die **SÜDWIND Buchwelt**.



Foto 1:  
Hartwig Kirner,  
Geschäftsführer  
von FAIRTRADE  
Österreich, und  
Bundesratsprä-  
sidentin Susanne  
Neuwirth

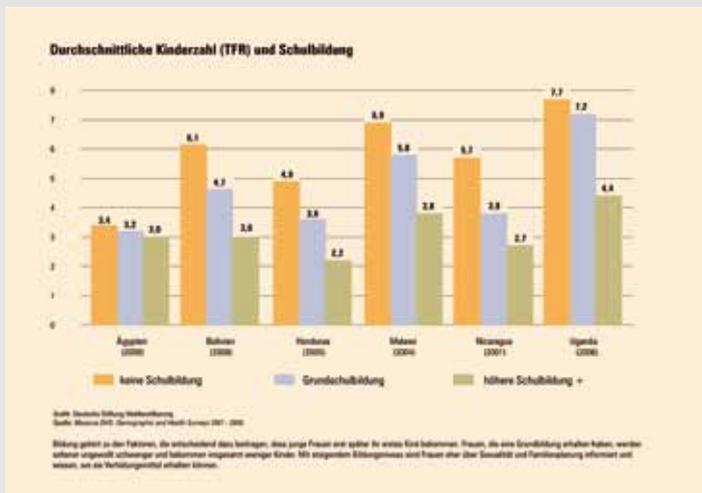
Foto 2:  
BR-Abg. Stefan  
Schennach und  
Parlamentsdirektor  
Georg Posch

Fotos: Carina Ott/  
Parlamentsdirektion

## ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

### BILDUNG BEEINFLUSST BEVÖLKERUNGSWACHSTUM UND DAMIT ENTWICKLUNG

Afrika ist der Kontinent mit der am schnellsten wachsenden Bevölkerung. Im Jahr 2009 überschritt die Einwohnerzahl Afrikas erstmals die Milliardenmarke.



Seit Anfang der 1950er ging im weltweiten Durchschnitt die **durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 6,0 auf 2,5 zurück** – zurückzuführen auf Wirtschaftswachstum, fortschreitende Entwicklung, soziale und kulturelle Einflüsse, verbesserten Zugang von Frauen zu Bildung, Arbeitsmöglichkeiten und Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit einschließlich moderner Verhütungsmethoden. In einigen Regionen sind die Gesamfruchtbarkeitsraten eingebrochen – in Mittelamerika von 6,7 auf 2,6 Kindern pro Frau und in Ostasien von 6 auf 1,6 Kindern pro Frau. In einigen Regionen Afrikas ging diese Rate nur mäßig zurück und liegt heute durchschnittlich bei 4,8 Kindern pro Frau in Afrika Südlich der Sahara.

Aufgrund des **hohen Bevölkerungswachstums ergeben sich verschiedene Risiken und Entwicklungshemmnisse**, etwa mangelnde Ernährungssicherheit, Druck auf Gesundheits- und Bildungssysteme, Überlastung der Infrastruktur oder Ressourcenknappheit – und daraus folgt auch ein größeres Konfliktpotential. Bei einer Untersuchung von 103 heutigen und ehemaligen Entwicklungsländern konnte nachgewiesen werden, dass sich kein einziges Land sozioökonomisch entwickelt hat, ohne dass parallel dazu die Geburtenrate zurückgegangen ist.

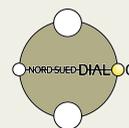
Angenommen, die Kinderzahl pro Frau bliebe global bis 2100 konstant auf dem heutigen Niveau, würde die Weltbevölkerung zur Jahrhundertwende auf fast 27 Milliarden Menschen anwachsen. Ob dies passiert, hängt entscheidend vom heutigen entwicklungspolitischen Handeln ab.

## Danke!

Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Hlavac, AWEPA Mitglied und Leiterin der Abteilung Multilaterale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit der Parlamentsdirektion, wird mit Ende März in den Ruhestand treten. Die AWEPA Sektion des österreichischen Parlaments möchte sich bei Elisabeth Hlavac für ihre Arbeit und ihr großes Engagement im Parlamentarischen Nord-Süd Dialog sehr herzlich bedanken! Das Nord-Süd Dialog Team und die AWEPA Sektion wünschen weiterhin alles Gute!

## www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!  
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | 1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y  
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Michael Fink  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net  
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Regel monatlich (August 2010 bis Juli 2013) insgesamt 12 Mal herausgegeben.

